

Landkreis Ebersberg

14. Wahlperiode 2020-2026/SFB/01. SFB-Ausschuss



Protokoll

**01. Sitzung des SFB- Ausschusses mit öffentlichem Teil
am Mittwoch, 20.05.2020 im Saal des ehemaligen Kreissparkassen-Gebäudes,
Sparkassenplatz 1**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 20:13 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß

Schriftführerin: Gabriele Huber

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Föstl, Magdalena

Hagen, Martin

Linhart, Susanne

abwesend ab 19:26 Uhr

Matjanovski, Marina

Schwaiger, Johann

abwesend ab 19:31 Uhr

Ziegltrum-Teubner, Sonja

GRÜNE-Fraktion

Burggraf, Ulrike, Dr.

Eberl, Ottilie

Forst, Johannes von der

Oellerer, Reinhard

FW-BP-Fraktion

Ried, Toni

abwesend ab 19:27 Uhr

Seidelmann, Wilfried, Dr.

SPD-Fraktion

Atai, Omid

AuG ÖDP-Linke

Ottinger, Marlene

Gäste

Schweisfurth, Karl

bis 18:15 Uhr

Abwesend sind:

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Gabriele Huber
Schriftführerin

Inhalt:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 3 Bildungsregion Landkreis Ebersberg;
Vorstellung im SFB-Ausschuss
Vorlage: 2020/0019
- TOP 4 Schulentwicklung;
Umsetzung des Masterplan Schulen
Vorlage: 2020/3599
- TOP 5 Schulentwicklung;
Raumkonzept für das Gymnasium Poing
Vorlage: 2020/0017
- TOP 6 Team Demografie;
Kurzbericht über Aufgaben und bisherige Aktivitäten
Vorlage: 2020/0020
- TOP 7 Kinderschutz in Zeiten von Covid-19; Antrag der AG ÖDP/Die Linke vom
30.04.2020
Vorlage: 2020/0018
- TOP 8 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 9 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 10 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 11 Anfragen; Ausweitung der Tests zu 'Corona'

Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
-------	---

Der Landrat eröffnet die erste Sitzung in der neuen Wahlperiode des SFB-Ausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung am 11.03.2020 erklärt er, dass diese im Entwurf erstellt, aber noch nicht ausgefertigt sei - sie werde in der darauffolgenden Sitzung zur Genehmigung vorgelegt werden.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

keine

TOP 3	Bildungsregion Landkreis Ebersberg; Vorstellung im SFB-Ausschuss
-------	---

2020/0019	11/2
Vorberatung	SFB-Ausschuss am 18.10.2016, TOP 4 (Bildungsregion Ebersberg – Jahresbericht) SFB-Ausschuss am 04.10.2017, TOP 13 (Umsetzung der Themenfelder aus der Bildungsregion) SFB-Ausschuss am 11.03.2020, TOP 8 (Abschlussbericht über die Umsetzung der Handlungsfelder)

Sachvortragende(r): Hubert Schulze, stellvertretender SG-Leiter 11, Bildung und IT

Der Landrat führt kurz in den Sachverhalt ein und übergibt das Wort an Hubert Schulze, der die Bildungsregion mit ihren Zielen, den Projekten, dem Stand der Handlungsfelder sowie den Themen rund um die Bildung anhand einer Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll) erläutert und vorstellt.

Es werden verschiedene Verständnisfragen aus dem Gremium von Hubert Schulze beantwortet.

Folgende Punkte werden angesprochen:

KRin Ottilie Eberl erkundigt sich, wo das Bildungsbüro verortet sei und wie es im Landkreis bekannt gemacht werde; des Weiteren, was eine Transferagentur mache.

Hubert Schulze antwortet, das Bildungsbüro sei im Landratsamt angesiedelt und es gab einen Flyer, der über das Bildungsbüro informierte. Er nehme den Hinweis gerne auf, in der Öffentlichkeit wieder über das Bildungsbüro zu informieren. Zur Transferagentur erklärt er,

dass es sich um ein Institut handele, das dem Kultusministerium unterstellt sei. Die weitere Erklärung erfolge über eine Protokollnotiz.¹

Auf Nachfrage von KR Johannes von der Forst erklärt Hubert Schulze, dass die Daten des Bildungsberichtes fortgeschrieben werden und voraussichtlich in drei Jahren ein neuer Bildungsbericht erarbeitet werden könne.

KR Omid Atai erkundigt sich, ob auch die Gemeinden vom Bildungsbüro und der Transferagentur beraten werden könnten. Hubert Schulze antwortet, das Bildungsbüro unterstütze alle Bildungsakteure, auch die Gemeinden; die Transferagentur berät und vernetzt die Bildungsregionen.

Der Landrat bedankt sich für die Fragen und das Interesse und bittet das Gremium, den Bericht über die Bildungsregion im Landkreis Ebersberg zur Kenntnis zu nehmen.

Der SFB-Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 4	Schulentwicklung; Umsetzung des Masterplan Schulen
-------	---

2020/3599	11/2
Vorberatung	SFB- und LSV-Ausschuss am 04.10.2017 Kreis- und Strategieausschuss am 09.10.2017 SFB-Ausschuss am 05.10.2018
Sachvortragende(r):	Hubert Schulze, stellvertretender SG-Leiter 11, Bildung und IT

Der Landrat führt kurz in den Sachverhalt ein und erklärt, dass aufgrund der ‚Corona-Krise‘ schwierige finanzielle Zeiten auf die Kommunen zukommen würden und zu einem späteren Zeitpunkt darüber diskutiert werden müsse, ob und welche Maßnahmen aus dem ‚Masterplan Schulen‘ nach „hinten“ gezogen werden müssen. Er übergibt das Wort an Hubert Schulze, der anhand einer Präsentation (Anlage 2 zum Protokoll) ergänzend zur versandten Sitzungsvorlage den Stand der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen erläutert. Während des Vortrages verweist Hubert Schulze auf die mitversandte Übersicht ‚Zeitschiene zum Masterplan‘ und dass es sich bei den Jahreszahlen sowie Kosten um Schätzungen handele und aufgrund der Corona-Krise sich Baubeginne teilweise verzögern würden. Beim SFZ

¹ Protokollnotiz:

Die Transferagenturen: Die Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement ist ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung initiiertes und finanziertes Programm mit dem Ziel, in Kreisen und kreisfreien Städten ein besser abgestimmtes Bildungsmanagement zu unterstützen und voranzubringen. Die Transferagenturen breiten im Rahmen ihrer Beratung bundesweit erfolgreiche Modelle und Konzepte für ein kommunales Bildungsmanagement auf und passen diese an die jeweilige Situation vor Ort an. Sie unterstützen Kommunen dabei, ihre Ausgangssituation zu analysieren und ermöglichen einen Dialog in den Kommunen zwischen den beteiligten Bildungsakteuren. Die Transferagenturen verfügen über spezifisches Wissen für Großstädte und ländliche Regionen. Sie beraten und bieten Bedarfsanalysen und Qualifizierungsangebote für Städte und Landkreis an und geben nützliche Anregungen, um geeignete Instrumente auszuwählen, die bei der Entwicklung eines kommunalen Bildungsmanagements die jeweilige Bildungssituation in der Kommune verbessern. Die Transferagenturen tragen bereits erprobte Konzepte für ein erfolgreiches Bildungsmanagement in die Fläche. Es stehen allen Kommunen verlässliche Ansprechpartner und kompetente Berater in ihrer Region zur Verfügung, die sie auf dem Weg zur Etablierung eines kommunalen Bildungsmanagements begleiten.

Poing verschiebe sich z.B. der Baubeginn um ein Jahr, da die beiden SFZ im Landkreis zeitversetzt erweitert werden sollen.

Der Landrat informiert das Gremium, dass die Mehrzweckhalle am Gymnasium Vaterstetten bereits von der Regierung als förderfähig anerkannt sei.

Zum SFZ-Poing ergänzt der Landrat die Ausführungen von Hubert Schulze insofern, als die Erweiterung aufgrund der räumlichen Enge auf dem Grundstück begrenzt sei, worauf KR Omid Atai anregt, mit der Gemeinde Poing wegen dem benachbarten Grundstück zum SFZ Kontakt aufzunehmen. Der Landrat bittet, diesen Vorschlag ins Protokoll mitaufzunehmen.

Hubert Schulze und Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Abteilungsleiterin 1 beantworten Fragen aus dem Gremium.

Auf Nachfrage von KR Dr. Wilfried Seidelmann erklärt Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Abteilungsleiterin, dass die Geschäftsabschlüsse des Zweckverbandes Realschule Vaterstetten seit der vorletzten Sitzung erledigt und damit abgearbeitet seien.

Auf Nachfrage von KR Johannes von der Forst erklärt der Landrat, sobald er wieder Kontakt mit der Schulleitung des Gymnasiums Kirchseeon hätte, werde er es ansprechen, ob im Rahmen der Erweiterung nicht auch ein musischer Zweig dort angesiedelt werden könnte. Er würde das ebenfalls als eine Bereicherung für den Landkreis sehen.

KR Reinhard Oellerer erkundigt sich, ob es eine Initiative der bayerischen Landräte gegen die Entscheidung des Freistaates Bayern gebe, der ein milliardenschweres Hilfspaket des Bundes an die Kommunen abgelehnt habe. Brigitte Keller antwortet, da der Freistaat Bayern fast keine Altschulden habe, sei es aus ihrer Sicht richtig, diesen Vorschlag des Bundes abzulehnen. Es würde Kommunen „belohnen“, die in der Vergangenheit über ihren Verhältnissen gelebt hätten und keinen Beitrag zur Ankurbelung der Wirtschaft leisten. Es gelte jetzt, Investitionen zu fördern. Sie verweist auf ein Spitzengespräch zu diesem Thema, das in den nächsten Wochen stattfinden werde.

Der SFB-Ausschuss nimmt den Stand der Umsetzungen der einzelnen Maßnahmen zur Kenntnis.

TOP 5	Schulentwicklung; Raumkonzept für das Gymnasium Poing
-------	--

2020/0017	11/2
Vorberatung	SFB- und LSV-Ausschuss am 04.10.2017, TOP 3ö KSA am 09.10.2017, TOP 5ö und am 04.12.2017 Kreistag am 18.12.2017, TOP 5ö SFB-Ausschuss am 27.06.2019, TOP 8
Sachvortragende(r):	Hubert Schulze, stellvertretender SG-Leiter 11, Bildung und IT

Der Landrat führt kurz in den Sachverhalt ein und übergibt das Wort an Hubert Schulze.

Dieser verweist auf das mit der Sitzungsvorlage versandte Raumkonzept, welches vom Schulleiter des Vaterstettener Gymnasiums Rüdiger Modell gegengelesen wurde. Zielrichtung des Gymnasiums Poing sei, so Hubert Schulze weiter, die Entlastung der bestehenden Gymnasien in Markt Schwaben und Vaterstetten. Vom Freistaat würden nur die Unterrichtsräume gefördert werden, die Kosten für die Gänge müsse der Landkreis selber zahlen. Daher sei eine möglichst dichte Nutzung sinn- und zweckvoll, um Raumreserven zu sparen.

Hubert Schulze erläutert das Raumkonzept anhand einer Präsentation (Anlage 3 zum Protokoll).

Folgende Punkte werden aus dem Gremium angesprochen:

KRin Otilie Eberl erkundigt sich, ob es ein ÖPNV-Konzept gäbe. Sie schlägt vor, das Gymnasium nicht mit einer Tiefgarage zu planen, sondern nur eine Halbtiefgarage und darüber ein überdachtes Parkhaus für Räder mit Solarmodulen auf dem Dach. Sie erkundigt sich, ob es eigene Horträume für das inklusive Angebot gäbe, denn dies sei Voraussetzung, um finanziell anerkannt zu werden. Sie schlägt weiter vor, um die Landwirte der Region zu stärken, solle in der Küche ausschließlich 1/3 Bio- und 2/3 Regionalprodukte verwendet bzw. angeboten werden. Hubert Schulze antwortet, dass der ÖPNV an das Gymnasium angebunden werden müsse, dies sei auch bereits mit der Gemeinde etc. diskutiert worden. Zur Tiefgarage sei, abgesehen von den baulichen Problemen, von pädagogischer Seite vorgesehen, einen angstfreien Zugang zu schaffen. Dies sei allerdings noch nicht abschließend mit der Gemeinde Poing geklärt. Zum Angebot von Bio- bzw. Regionalprodukten sei es eine freiwillige Angelegenheit zwischen der Schulfamilie und dem Caterer.

Auf Nachfrage von KR Johannes von der Forst erklärt der Landrat, dass die Anzahl der Stellplätze nicht vom Landkreis, sondern von der Gemeinde komme. Hierbei werde der Landkreis zusammen mit der Gemeinde eine Lösung finden, so der Landrat weiter, ob z.B. in Form einer Halbtiefgarage oder eines Parkplatzes unterhalb des Sportplatzes.

KR Johannes von der Forst merkt an, wenn dies bereits Vorgaben seien, die weitergehen sollen, müsse das Konzept genau angeschaut und nochmals darüber detailliert beraten werden. Wie zum Beispiel über die im vorliegenden Raumkonzept vorgesehenen fünf IT-Räume. Denn, wenn alle Schüler mit mobilen Endgeräten ausgestattet werden würden, bräuchte es diese Räume nicht, so KR von der Forst. Sollten alle Klassenzimmer so ausgestattet werden, inklusive der entsprechenden Stromanschlüsse, dann wäre es ein ganz anderes Konzept. Er bittet daran zu denken, dass die Lehrerzimmer immer zu klein geplant würden, aber Lehrer entsprechende Lehrerarbeitsplätze bräuchten. Die geplanten zwei Elternsprechzimmer seien seiner Ansicht nach unrealistisch. Er rege daher an, bei den Planungen Experten miteinzubinden. Hubert Schulze erläutert, wie es zu der Raumaufteilung gekommen sei und dass die Anzahl an Elternsprechzimmer mehr würde. Da es für das Gymnasium Poing noch keinen Schulleiter gäbe, der über diese Punkte entscheiden könne, wurde Herr Modell in das pädagogische Raumkonzept miteingebunden.

Auf die Nachfrage von KR Johannes von der Forst zur Gestaltung von multifunktionalen Raumgrößen erklärt Hubert Schulze, diese müsse innerhalb der Kompartiments von einem Architekten geplant werden.

KR Omid Atai erklärt, dass die Lernlandschaft und der Mehrzweckbereich gut geplant seien, er aber einen Q-Raum vermisse. Er erkundigt sich, ob es einen Schülervertretungsraum und eine Bibliothek gebe. Hubert Schulze antwortet, dass statt einer zentralen Bibliothek die Lernlandschaft mit Medien und Büchern ausgestattet werden sollte. KR Omid Atai erklärt, dass ihm eine Ausgestaltung mit mehr Grünflächen, mehr Flexibilität für die zukünftige Entwicklung des Gymnasiums und eine konzeptionelle Würdigung Schule als Kulturraum (-zentrum) wichtig sei. Hubert Schulze antwortet, dass er bei den Raumplanungen nur die schulischen Bedarfe berücksichtigen würde. Externe könnten das Vorhandene nutzen. Jeder Raum, der gebaut werden solle, müsse gegenüber der Genehmigungsbehörde begründet werden.

KR Omid Atai erklärt, dass er den Auftrag vom Bürgermeister der Gemeinde Poing bekommen habe, der auch im Protokoll festgehalten werden solle, dass bereits im April 2019 über die Tiefgarage gesprochen und eine Kostenbeteiligung in Aussicht gestellt wurde. Die weiteren Verhandlungen sollten nicht durch eine Festlegung gegen eine Tiefgarage eingeschränkt

werden. Aus städtebaulichen Gründen habe die Gemeinde Poing beschlossen, eine Tiefgarage zu fordern. Daher würde der 3. Punkt des Beschlussvorschlages (*„Die, für das Gymnasium Poing, erforderlichen Stellplätze sollen in einer Variante weiterverfolgt werden, die keine Belüftung notwendig macht. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Gemeinde Poing entsprechende Verhandlungen aufzunehmen und dem Ausschuss zu berichten“*) die Gemeinde Poing einschränken. Dieser Punkt müsse dann anders formuliert werden, so KR Atai abschließend.

KR Dr. Wilfried Seidelmann erklärt, dass von der Kreistagsfraktion der Freien Wähler-BP eine Halbtiefgarage mit Stelzenbauweise bevorzugt werde. Er erkundigt sich, ob das Grundstück von der GBEG komme und ob deren Abschlüsse der letzten zwei Jahre erstellt und genehmigt seien.

KR Reinhard Oellerer erkundigt sich, ob eine Bibliothek gefördert werden würde, was Hubert Schulze bejaht, wenn er die Flächen hierfür nicht schon anderweitig verplant hätte.

KR Reinhard Oellerer erklärt, dass die Zahl der Oberstufen-Schüler mit 7/9 berechnet, wenig mit der Realität zu tun habe. Er bittet die Verteilung zu überprüfen. Ebenfalls bitte er, die Flächen von anderen Gymnasien, die 1.000 Schüler sowie in den letzten vier Jahren gebaut hätten, abzufragen, wie viele m² sie für Personal (auch Sozialarbeiter) hätten und wie es diesen damit gehe.

Das Gremium schlägt vor, weitere Punkte im Konzept zu berücksichtigen:

- Für jedes Klassenzimmer ein Waschbecken vorzusehen und dass Fenster geöffnet werden können, sh. auch wegen den Hygienevorgaben ‚Corona‘ (KR Reinhard Oellerer).
- Eine Vollküche statt Catering einzuplanen, um dadurch Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen (KRin Marlene Ottinger).
- Eine Turnhalle mit Variante Tribüne und der Tiefgarage zu bauen, um damit Spitzensport und Menschen anzuziehen (KR Omid Atai).

Der Landrat erklärt, dass es aufgrund des Zeitplanes nicht nötig sei, heute einen Beschluss zu fassen. Die heutigen Impulse würden gesammelt werden, wobei die Fraktionen noch Vorschläge bis zur nächsten Sitzung einbringen können. Zur Vollküche und Turnhalle erklärt er, dass eine Vollküche sehr teuer und personalintensiv sei und der Landkreis bei Turnhallen die Grundausstattung zur Verfügung stelle; wenn die Gemeinde mehr wolle, müsse sie die Differenz zahlen. Er befürwortet jedoch auch eine kleine Tribüne, die ja auch im vorgestellten Konzept beinhaltet sei. Er werde versuchen, vor der nächsten Sitzung einen Gesprächstermin mit der Gemeinde zu bekommen.

Aufgrund des Diskussionsverlaufs schläge er vor, den Vortrag nur zur Kenntnis zu nehmen und dass sich das Gremium am 02.07.2020, statt der Rundfahrt, mit dem Raumprogramm beschäftigen solle, dem keine Gegenrede folgt.

Der SFB-Ausschuss nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

Die Beschlussfassung über das Raumkonzept erfolgt im SFB-Ausschuss am 02.07.2020.



zurückgestellt

TOP 6	Team Demografie; Kurzbericht über Aufgaben und bisherige Aktivitäten
-------	---

2020/0020

6

Vorberatung

KSA-Ausschuss beschloss am 29.04.2013

SFB-Ausschuss am 01.07.2015

Sachvortragende(r):

Jochen Specht, Teamleiter Demografie, Abteilung 6

Der Landrat führt kurz ein und übergibt das Wort an Jochen Specht. Dieser erläutert anhand einer Präsentation (Anlage 4 zum Protokoll) ergänzend zur versandten Sitzungsvorlage den Sachverhalt.

Nach der Präsentation beantwortet Jochen Specht Fragen aus dem Gremium.

KRin Marina Matjanovski erkundigt sich zu folgenden Punkten:

- Werden im periodischen Bericht, der im Jahr 2020 vorgestellt werden sollte, Daten von ‚Corona‘ und der Pflegebedarfsplan eingepflegt?
- Wann werde mit den Beratungen (Pflegestützpunkt) begonnen und wer leiste die Beratung an den vier verschiedenen Standorten?
- Wie ist der Stand der Wohnraumförderung von Auszubildenden in Pflegeberufen? Ist nach wie vor angedacht die Abwicklung über die Geschäftsstellenleitung der Gesundheitsregion^{Plus} laufen zu lassen?
- Wie ist der Ist-Stand bei der Kurzzeitpflege und wer sind die Träger?
- Wie stehe es mit dem Modell?
- Sie wünsche sich, dass Kreisräte an den „Runden Tischen Pflege“ weiter teilnehmen und mitarbeiten können.

Abschließend erklärt sie, dass die Pflegeheime durch die ‚Corona-Krise‘ in Notsituationen geraten seien und das Thema Hospiz weiterhin eine wichtige Rolle spiele.

Jochen Specht antwortet, dass die Pflegebedarfsplanung ein Teil des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes sei. Die Verwaltung habe sich bewusst dafür entschieden, als das Ausmaß der Krise absehbar war, die Pflegeheime nicht auch noch mit einer Umfrage zu belasten. Für den Pflegestützpunkt habe das Team Demografie deshalb nur eine Stelle beantragt, weil die Caritas bisher die Fachstellen für pflegende Angehörige betrieben habe und sich eine Beteiligung in der Konzeption des Pflegestützpunktes gewünscht hat. Diesem Wunsch habe der Landkreis entsprochen und die Caritas konzeptionell bedacht. Leider habe die Caritas dann, ohne vorherige Rücksprache mit der Verwaltung mitgeteilt, dass das Angebot der Fachstellen für pflegende Angehörige ersatzlos gestrichen werde (Einstellung Ende April 2020). Da die offizielle Bestätigung zur Errichtung des Pflegestützpunktes noch ausstehe bzw. die nötigen Verträge von noch nicht allen Vertragspartnern unterzeichnet wurden, hatte die Verwaltung bisher keine Gelegenheit die Stelle auszuschreiben. Um eine Beratung für Senioren vorhalten zu können, werde Frau Angela Prommersperger die Stelle kommissarisch ab 15.06.2020 bis zur Einstellung der neuen Fachkraft für Pflegeberatung übernehmen. Da die Pflegeberatung eine spezielle Qualifikation nach § 7a SGB XI voraussetze, könne nur von einem „weichen Einstieg“ durch Frau Prommersperger gesprochen werden. Die volle Leistungsfähigkeit werde der Pflegestützpunkt erst mit der Einstellung der Vollzeitkraft erfahren. Im Jahr 2021 sei eine Ausweitung der Pflegeberatung auf 2,38 VZÄ angedacht. Die entsprechenden Anträge und Beschlussempfehlungen lägen dem Kreis- und Strategieausschuss bzw. dem Kreistag bereits vor.

KRin Marina Matjanovski stellt fest, dass derzeit keine Beratungen stattfinden.

Auf Nachfrage von KRin Otilie Eberl, ob der Landkreis nicht die mobile Rollstuhltoilette kaufen könne erklärt Brigitte Keller, Abteilungsleiterin 1, dass gemäß dem Eichenauer Urteil die Gemeinden hierfür zuständig seien. Sie empfehle den Gemeinden, eine barrierefreie Toilette zur Auflage zu machen und sollte diese den Vereinen zu teuer sein, dass die Gemeinden hierfür einen Zuschuss zahlen könne. Sollte es eine zentrale Toilette geben, so würde es sicher zu Terminüberschneidungen kommen. Der Landkreis werde das Problem nicht lösen können, aber ein sozialer Veranstalter und die Gemeinde, die das einfordert, so Brigitte Keller abschließend.

KR Dr. Wilfried Seidelmann appelliert im Namen der Gesundheitsregion^{Plus}, die Abstriche auf Covid-19 auszuweiten, nicht nur bei Patienten, sondern bei alle im medizinischen Bereich tätigen Ärzte sowie den Pflegekräften. In kurzen Abständen, unabhängig, ob Symptome vorliegen, solle deutlich mehr getestet werden. In den Krankenhäusern und Pflegeheimen bestehe ein großes Problem der Streuung.

Brigitte Keller, Leitern des Krisenstabes erklärt, für die Abstriche liege ein Konzeptentwurf vor, der mit den Fachberatern diskutiert und nächste Woche verabschiedet werde. Gemäß dem Robert-Koch-Institut sei eine Ausweitung der Abstriche nicht vorgesehen. Problem, seien die Kosten. Das Landratsamt stehe bereits in Fragen der Kostenübernahme in Kontakt mit den Ministerien.

KR Omid Atai wünscht sich eine Information bzw. Einsicht in das oben genannte Konzept für alle Mitglieder des SFB-Ausschusses.

Brigitte Keller erklärt, dass der Krisenstab schnell handele. Der Landkreis befinde sich im K-Fall, daher würden Entscheidungen nicht auf der politischen Ebene getroffen, wenn es um schnelle Handlungen gehe. Sie könne das finale Konzept allen zumailen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag, um den Punkt 2. *Eine erneute Berichterstattung erfolgt in der Sitzung des SFB-Ausschusses im Sommer 2021* ergänzt, zur Abstimmung.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Der SFB-Ausschuss wird um Kenntnisnahme gebeten.**
- 2. Eine erneute Berichterstattung erfolgt in der Sitzung des SFB-Ausschusses im Sommer 2021.**



einstimmig angenommen

Ja 14 Nein 0

TOP 7	Kinderschutz in Zeiten von Covid-19; Antrag der AG ÖDP/Die Linke vom 30.04.2020
-------	---

2020/0018

6 und 11

²Sachvortragende(r):

Christian Salberg, Abteilungsleiter 6, Jugend, Familie und Demografie

Hubert Schulze, stellvertretender SG-Leiter 11, Bildung und IT

Marion Wolinski, SG-Leiterin 22, Sozialhilfverwaltung, Asyl

Der als Tischvorlage ausliegende ‚Nachtrag zum Antrag der Kreistagsfraktion ÖDP/Die Linke vom 11.05.2020-möglicher Beschluss‘ sowie die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion ‚Fragestellungen zu den Eilanträgen der AG ÖDP/Die Linke ‚Kinderschutz in Zeiten der Coronakrise‘ sind als Anlage 5 und 6 dem Protokoll beigefügt.

Der Landrat erteilt Christian Salberg das Wort, der ausführlich zum Antrag und der Anfrage zusammen mit Hubert Schulze und Marion Wolinski, anhand einer Präsentation (Anlage 7 zum Protokoll), Stellung nimmt.

KR Omid Atai bittet um Information über das Softwarekonzept an den Landkreisschulen.

Hubert Schulze sagt zu, ihm die Information zu übermitteln.

KRin Marlene Ottinger schildert anhand von Einzelfällen die Schwierigkeit ohne Datenverträge am online-Unterricht teilzunehmen.

Es folgt eine kurze Diskussion, ob der Landkreis als Sachaufwandsträger den Schulen Standards bei den Endgeräten für Homeschooling auferlegen könne.

Florian Robida, stellvertretender Abteilungsleiter 6 rate davon ab, den Schulen hier etwas vorzugeben. Die Schulen würden das Homeschooling zwischenzeitlich sehr gut meistern.

KR Johannes von der Forst erklärt, dass er gerne den Eilantrag vor zwei Wochen behandelt hätte, da jede Woche zähle. Es gehe ihm auch um die Grund- und Mittelschüler, die ebenfalls entsprechend mit einem Laptop für Homeschooling ausgestattet werden müssten. Er schlage daher analog zur Landeshauptstadt München vor, einen Zuschuss von 250 € pro Kind (2 Kinder 500 €) zu gewähren.

Der Landrat erklärt, dass der Landkreis Ebersberg nur für seine 10 Landkreisschulen zuständig sei. Der Ansatz sei zwar gut, aber der Landkreis könne hier kein Konzept für alle Schulen entwickeln. Es gebe im Landkreis z.B. einen Spendentopf für sozial Benachteiligte, aus dem ein Zuschuss gezahlt werden könne.

KR Johannes von der Forst stellt einen Antrag nach der Geschäftsordnung des Kreistages, der Landkreis Ebersberg solle sozial Benachteiligten in Anlehnung der Landeshauptstadt München für max. 2 Kinder mit à 250 € pro Kind für die Anschaffung eines Endgerätes einen Zuschuss gewähren. Er erklärt, dass es der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen nur um den Punkt 1 des Antrages vom 30.04.2020 gehe.

Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1, erklärt, dass es dem Landkreis ab dem Tag des Katastro-

² Protokollnotiz:

Jochen Specht, Teamleiter Demografie macht die Verwaltung nach der Sitzung darauf aufmerksam, dass der Beschluss

- nicht an das Thema Homeschooling gekoppelt ist,
- auch Drucker umfasst, die nicht zwangsläufig notwendig wären,
- keine Kopplung enthält, die Beschaffung über lokale Anbieter abzuwickeln,
- keine Kopplung hat, ob ein entsprechendes Gerät vorhanden ist oder nicht.

phenfalles untersagt wurde, weitere freiwillige Leistungen zu gewähren. Sie verweist auf die Seite 225 des Haushaltes 2020, in der die freiwilligen Leistungen aufgeführt seien. Sie erkundigt sich, auf welche freiwilligen Leistungen der SFB-Ausschuss dafür verzichten wolle. Die Mittel für die beantragten Zuschüsse könnten aus dem Spendentopf, soweit diese nicht zweckgebunden seien, beantragt werden.

Der Landrat erklärt, dass die Mittel, bis der SFB-Ausschuss Einsparvorschläge erbringe, zunächst aus dem Spendentopf generiert werden sollen. Die Verwaltung solle im Beschlussvorschlag beauftragt werden, bis zur nächsten Sitzung Deckungsvorschläge zu machen.

KR Omid Atai lobt das Jugendamt für deren gute Arbeit und erklärt, dass Daten und Fakten vorliegen würden, der SPD-Kreistagsfraktion gehe es ebenfalls nur mehr um den Punkt 1 des Antrages.

Der Landrat zieht folgendes Fazit: Es solle für alle benachteiligten Schüler etwas getan werden - zunächst aus den Spendentöpfen. Diese sollten auch beworben werden, damit diese von den Bürgern befüllt würden. Damit könnte der Landkreis dann alle Kinder erfassen. Bis zur nächsten Sitzung erfolge ein Deckungsvorschlag und wie andere freiwillige Leistungen eingespart würden, um Endgeräte finanzieren zu können.

KRin Magdalena Föstl erklärt, dass im Antrag der SPD-Kreistagsfraktion 200 € und im angepassten Beschlussvorschlag 250 € stünden. Das Gremium verweist auf die Analogie zur Landeshauptstadt München.

Auf Nachfrage, ob damit der Antrag der Kreistagsfraktion ÖDP/Die Linke erledigt sei erklärt KRin Marlene Ottinger, dass sie ihren Antrag noch aufrechterhalte, da sie bei SaS noch einen Bedarf sehe (Punkt 3 des Antrages). Sie erklärt dies damit und beantragt, dass wir flexibel reagieren könnten, wenn der Ansturm komme.

Christian Salberg erklärt, das brauchen wir nicht, da SaS derzeit noch zeitliche Kapazitäten habe.

Nach einem Dialog zwischen KRin Ottinger und Florian Robida zieht sie ihren Antrag zu Punkt 3 zurück.

Zu den noch offenen Punkten erklärt der Landrat,

- Antrag Punkt 4 (Versorgung von Frauen bei häuslicher Gewalt) habe sich erledigt,
- Antrag Punkt 2 (Betreuung von benachteiligten oder gefährdeten Kinder in Einrichtungen) sei der Kreistag nicht zuständig,

Der Landrat erkundigt sich, ob es hierzu eine Gegenstimme gebe, was nicht der Fall ist.

Der Landrat stellt den im Gremium erarbeiteten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Der Ausschuss beschließt in Anlehnung an die Handhabe der Landeshauptstadt München ein Programm aufzulegen zur Unterstützung von benachteiligten Schülern im SGB II- und SGB XII Bezug bzw. im Bezug nach dem Asylbewerberleistungsg (Förderung von Laptops/PCs oder Tablets einschl. Druckern) von max. 250 Euro pro Kind, max. für zwei Kinder pro Familie. Die**

Mittel sind aus Einsparungen anderer freiwilligen Leistungen bzw. aus Spendenmitteln, die nicht zweckgebunden sind, zu generieren. ³ sh. Fußnote

- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des SFB-Ausschusses Deckungsvorschläge unter Einsparung anderer freiwilliger Leistungen vorzulegen.⁴ sh. Fußnote**
- 3. Antrag Nr. 1 ‚Schulen‘ der AG ÖDP-Linke ist damit erledigt.**
- 4. Antrag Nr. 2 wird wegen Nichtzuständig (des Landkreises) nicht behandelt.**
- 5. Antrag Nr. 3 ist zurückgenommen**
- 6. Antrag Nr. 4 hat sich erledigt, weil Kapazitäten zur Verfügung stehen.**



angenommen

Ja 10 Nein 1

TOP 8	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
-------	-----------------------------------

keine

TOP 9	Informationen und Bekanntgaben
-------	--------------------------------

keine

TOP 10	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
--------	---

keine

TOP 11	Anfragen; Ausweitung der Tests zu 'Corona'
--------	--

KRin Otilie Eberl erkundigt sich, wie die Kommunikation zwischen dem Landratsamt und dem Helferkreis sei und ob es kein Konzept für die Trennung bei positiv Getesteten gebe. Ausschlaggebend für ihre Frage sei der Zeitungsbericht über die positive Testung bei Geflüchteten im Asylbewerberheim. Sie meine, dass es notwendig sei, in diesen Unterkünften öfters zu testen und erkundigt sich, was jetzt passiere.

³ Fußnote: Der SFB-Ausschuss hat am 02.07.2020 (TOP 07 ö) diesen Beschluss dahingehend korrigiert, dass sich die Förderung an den bestehenden Standards beim Projekt ‚Fördern und Helfen‘ orientieren solle.

⁴ Fußnote: Im SFB-Ausschuss am 02.07.2020 wurde festgestellt, dass Deckungsvorschläge nicht notwendig sind, weil die Hilfen aus ‚Fördern und Helfen‘ gewährt werden.

Der Landrat erklärt, dass in diesem Artikel auch Dinge stehen würden, die jeder Grundlage entbehren würden. In der großen Unterkunft in Grub, seien alle untersucht und diejenigen, die positiv getestet wurden, außerhalb des Landkreises verlegt worden.

Brigitte Keller, Leiterin des Krisenstabes erklärt, dass die positiv Getesteten aus der Unterkunft verlegt wurden und die KP 1-Personen 14 Tage in Quarantäne bleiben. Wenn keiner erkrankt, höre die Quarantäne auf.

KRin Ottilie Eberl bittet, die Kommunikation mit den Helferkreisen zu erhöhen.

Auf Nachfrage von KRin Marlene Ottinger erklärt der Landrat, dass wöchentlich die Betroffenen abgestrichen würden und die Klinik konsequent damit umgehe.

KRin Ottilie Eberl erkundigt sich, ob es auch auf die ErzieherInnen ausgeweitet werden könne.

Brigitte Keller erklärt, das stehe im Konzept drin, das habe aber Grenzen an Kapazitäten die der Landkreis habe. Es gehe auch um die Kosten, wenn der Landkreis sage: testen, testen, testen. Der Landkreis sei bald bei 3 Mio. € an Ausgaben, da stelle sich die Frage, wer das bezahle. Die Kapazitäten müssen prioritär eingesetzt werden.

KR Dr. Wilfried Seidelmann appelliert, großzügig beim Testen der Hilfskräfte und Ärzte zu sein.

KR Omid Atai merkt gegenüber Brigitte Keller an, dass der Landkreis lieber die verursachten Kosten trage, bevor hier pandemiebedingt Menschen gefährdet würden.

Der Landrat teilt mit, dass z.B. an zwei Tagen 900 Tests in einer Firma durchgeführt wurden.

Der Landrat stellt fest, dass es keine weiteren Anfragen und keinen nichtöffentlichen Teil gibt und schließt die Sitzung um 20:15 Uhr.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.